

Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten

Ivesa Lübben

In Ägypten werden hinter den Kulissen die Weichen für eine Erbfolge durch Gamal Mubarak gestellt. Die größte Herausforderung für den Sohn des amtierenden Präsidenten sind die Muslimbrüder, die bei den letzten Wahlen 2005 einen überraschenden Erfolg erzielten. Seitdem versuchen die Muslimbrüder sich als politische Kraft zu profilieren. Im August 2007 legten sie den Entwurf zu einem Parteiprogramm vor, das erstmals umfassend politische Grundpositionen der Organisation dokumentiert.

Analyse:

- Die Muslimbrüder haben sich für den Weg der politischen Integration über demokratische Wahlen und die Anerkennung rechtsstaatlicher Prinzipien entschieden.
- Die soziale Basis der Muslimbrüder ist das ägyptische Bürgertum. Politische Debatten innerhalb der Muslimbruderschaft spiegeln Positionen wichtiger Segmente der akademisch gebildeten Mittelschichten wider.
- Das Parteiprogramm schlägt einen nicht immer widerspruchsfreien Mittelweg ein zwischen dem Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien und der fundamental-islamischen Position.
- Dies ist jedoch nicht allein für die Muslimbrüder charakteristisch. Auch das ägyptische Regime bemüht sich, ein Gegengewicht zu den Muslimbrüdern zu schaffen, indem es extrem konservative islamische Strömungen fördert, und trägt dadurch seinerseits zur Islamisierung der Gesellschaft bei.
- Inzwischen versucht das Regime, mittels neuer „Reform“-projekte und durch direkte Repression die Muslimbruderschaft wieder aus dem politischen System zu verdrängen. Dies hat konservative Kräfte innerhalb der Organisation gestärkt und die Reformdebatte innerhalb der Organisation vorläufig beendet.
- Die Krise der Muslimbruderschaft ist jedoch Teil einer größeren Legitimationskrise des ägyptischen politischen Systems.

Schlagwörter: Ägypten, Muslimbruderschaft, autoritäre Regime, soziale Bewegungen

1. Einleitung

Ägypten gilt als eines der stabilsten Länder des Nahen Ostens, und doch sind Prognosen über die politische Zukunft des Landes schwer zu erstellen. Der 81-jährige Präsident Mubarak, der das Land seit 28 Jahren mittels Ausnahmegeetzen regiert, wird bei den Präsidentschaftswahlen 2011 wohl kaum für eine neue Kandidatur bereitstehen. Hinter den Kulissen stellt die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP) die Weichen für eine Amtsübernahme des Präsidentensohnes Gamal Mubarak. Dessen Vertraute sind in den letzten Jahren in zahlreiche Schlüsselpositionen innerhalb der Regierung und der staatlichen Medien vorgerückt.

Trotzdem ist ein solches Übergangsszenario mit vielen Fragezeichen versehen: Wie werden sich die traditionellen Machtzentren, vor allem die Armee, zu Gamal Mubarak positionieren, der nie Militärdienst geleistet hat? Welche Reaktionen wird die Amtsnachfolge in der Bevölkerung auslösen, bei welcher der Sohn des Präsidenten nicht sonderlich beliebt ist? Unter dem Slogan *La lil-taurith* – was sich mit „Nein zur Erbfolge“ übersetzen lässt – wurde über die Grenzen der traditionellen politischen Lager hinweg die Bewegung *Kifaya* (Es reicht!) gegründet. Auch die Oppositionsparteien von links bis rechts lehnen eine Übergabe der Macht vom Vater auf den Sohn ab.

Entscheidend für jedes Übergangsszenario wird der Ausgang der nächsten Parlamentswahl sein, die turnusmäßig Ende 2010 stattfinden müsste. Die größte Herausforderung für das politische Regime ist die Muslimbruderschaft, die bei den letzten Wahlen trotz massiver Wahlfälschung durch das Regime 88 von 444 Parlamentssitzen erringen konnte – drei Mal so viel wie alle anderen Oppositionellen zusammen, und das, obwohl sie überhaupt nur 170 Kandidaten aufgestellt hatte.

Im Folgenden sollen anhand des Entwurfs eines Parteiprogramms, den die Muslimbrüder im Spätsommer 2007 der ägyptischen Öffentlichkeit vorgelegt haben, die wichtigsten Positionen der Organisation zum politischen System und zur Frauen-, Wirtschafts- und Außenpolitik vorgestellt werden.

2. Die politische Integration der Muslimbrüder

Die Erfolge der Muslimbrüder sind nicht allein auf Proteststimmen zurückzuführen. Die Bewegung kann auf eine lange Tradition zurückblicken und hat eine solide Basis unter der akademisch gebil-

deten Mittelschicht. Dabei ist die Muslimbruderschaft, die in der Regierungspresse nur als *al-mahdhura* (*die Verbotene*) titulierte wird, offiziell gar keine legale Partei.

Sie wurde 1928 von dem Volksschullehrer Hassan al-Banna als Sozialbewegung des jugendlichen, aufstrebenden Bürgertums gegründet, das eine Erneuerung der Gesellschaft durch eine Rückkehr zu islamischen Werten anstrebte. Unter Abdel Nasser wurde sie verboten und seitdem nicht wieder zugelassen.

Lange hatten die Muslimbrüder aus Angst vor möglicher politischer Verfolgung verdeckt operiert, zumal das Regime den Kadern der Organisation wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation in immer wieder neuen Wellen vor Militärgerichten den Prozess gemacht hat.

Nachdem Mahdi Akif im Januar 2004 die Führung übernommen hatte, begann jedoch ein Strategiewechsel in Form eines politischen Outing. Seitdem verhalten sich die Muslimbrüder so, als seien sie eine legale politische Organisation, und legen dabei mehr Professionalität als andere Parteien an den Tag: Im Parlament haben sie einen „Block“ gebildet, der wie eine Fraktion organisiert ist; die Abgeordnetenbüros haben sie zu Parteizentralen umfunktioniert, von denen aus sie Projekte in ihren Wahlkreisen organisieren; und über Internetportale informieren sie ihre Wähler über ihre parlamentarischen Initiativen.

Im August 2007 verschickte die Führung der Muslimbruderschaft schließlich die erste Fassung des Entwurfs eines Parteiprogramms an fünfzig führende ägyptische Intellektuelle mit der Bitte um Stellungnahme. Mit diesem Schritt wollten sie sich erstens politisch positionieren, zweitens die verschiedenen Strömungen innerhalb der eigenen Organisation in politischen Grundsatzfragen auf eine gemeinsame Position verpflichten und drittens demonstrieren, dass sie offen für einen Dialog mit anderen Kräften sind.

3. Die Diskussion der Muslimbrüder um ein Parteiprogramm

Der Programmentwurf geht von einem relativ flexiblen und vor allem wertegeleiteten *Scharia*-Begriff aus. *Scharia* ist demnach kein feststehendes Gesetzeswerk, sondern ein für Anpassungen an Ort und Zeit offenes System. Die islamischen Werte, die alle Teile des Programms durchziehen, sind Gerechtigkeit (*'adl*), Freiheit (*hurriya*), Gleichheit

oder Gleichberechtigung (*musawa*) sowie das Gebot, die Religion (*din*), das menschliche Leben (*nafs*), die Würde (*`ard*), die Vernunft (*`aql*), und das Vermögen (*mal*) zu schützen. Diese letzteren Zweckbestimmungen der *Scharia* (*maqasid al-schar`ia*) sind die wichtigste Grundlage, die *ratio legis*, der meisten islamischen Rechtsschulen.

3.1. Positionen zum politischen System

In dem Entwurf bekennen sich die Muslimbrüder zu den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaats, der auf dem islamischen Prinzip der *Schura*, der gegenseitigen Beratung, beruhen sollte. *Schura* sei ein islamischer Grundwert, der Gestaltungskraft für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens habe: für die Familie, zivilgesellschaftliche Organisationen, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder zwischen Herrscher und Beherrschten. *Demokratie* sei demgegenüber der politische Mechanismus, über den *Schura* in einem modernen islamischen Staat praktiziert werde.

Als wichtigste Elemente von Demokratie werden Parteienpluralismus, freie Wahlen und demokratische Machtzirkulation, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, eine unabhängige Justiz und Transparenz genannt.

Trotz des Bekenntnisses zur Demokratie hat der Programmentwurf der Muslimbrüder in der ägyptischen Öffentlichkeit Irritationen ausgelöst. Stein des Anstoßes war erstens eine Formulierung, wonach Frauen und Christen vom höchsten Staatsamt ausgeschlossen bleiben sollen. Zweitens wird in dem Entwurf unter Berufung auf Artikel 2 der ägyptischen Verfassung, der die *Scharia* zur Hauptquelle der Gesetzgebung erklärt, die Einsetzung einer Kommission aus Rechtsgelehrten gefordert, die Gesetze zu Fall bringen kann, die gegen verbindliche Vorschriften des Koran (*nusus qat`iya*) verstoßen.

Die Kritik gegen diese Passagen kam nicht nur von säkularen Intellektuellen, sondern auch aus den eigenen Reihen sowie von Vertretern der tunesischen und der syrischen Muslimbruderschaft. Bekannte Führungsmitglieder, wie Abdel Minem Abu Futuh, oder der ehemalige Abgeordnete Gamal Hishmat kritisierten, dass eine Einmischung religiöser Autoritäten in den Gesetzgebungsprozess im Widerspruch zum Prinzip der Volkssouveränität stehe. Und der Ausschluss von Kopten und Frauen von der Präsidentschaft widerspräche dem Prinzip eines zivilen, demokratischen Rechtsstaats

aller Bürger. Dies sei keine Marginalie, sondern eine Schlüsselfrage für die politische Gleichberechtigung der Bürger in einer modernen Zivilgesellschaft.

Inzwischen hat die Führung der Muslimbruderschaft ihre diesbezüglichen Aussagen relativiert. Die Nichtkandidatur von Frauen und von Angehörigen religiöser Minderheiten für die Präsidentschaft sei als Selbstverpflichtung der Muslimbruderschaft zu verstehen. Anderen Parteien stehe es frei, Christen oder Frauen als Kandidaten für das Präsidentenamt zu benennen. Das letzte Wort hätten die Wähler, erklärte der stellvertretende Führer der Organisation, Muhammad Habib, wiederholt.

Die vorgeschlagene Körperschaft der Rechtsgelehrten, die wiederum von Theologen der renommierten islamischen *Azhar*-Universität gewählt werden sollen, soll in einer überarbeiteten Fassung des Entwurfs nur noch beratende Funktion haben. Aber auch hier tragen Muslimbrüder lediglich dem Tatbestand Rechnung, dass bereits jetzt jedes Gesetz von der Islamischen Forschungsakademie, einem von Präsident Mubarak ernannten *Azhar*-Gremium, auf seine Vereinbarkeit mit der *Scharia* überprüft wird. Durch Intervention der Akademie wurden mehrfach Gesetze, wie die vorgesehene Abschaffung der strafgesetzlichen Verfolgung von Ehebruch, zu Fall gebracht.

3.2. Gleichberechtigung oder Geschlechterdifferenz: Frauenpolitik

In der Hitze der Debatte gingen andere relevante Programmpunkte zu Frauen-, Wirtschafts- und Umweltfragen, zur Gesundheits- oder Bildungspolitik oder zu Fragen von „Human Development“ völlig unter, zu denen sich die Muslimbruderschaft erstmals – wenn auch mit unterschiedlicher Tiefenschärfe – geäußert hat.

So haben sich die Muslimbrüder beispielsweise in der Frauenfrage geöffnet. Zwar wird immer noch von einer biologisch determinierten Genderdifferenz ausgegangen, die unterschiedliche gesellschaftliche Rollen von Mann und Frau begründe: Die Hauptaufgabe der Frau bestehe danach in der Erziehung nachfolgender Generationen. Dies rechtfertige jedoch keine Privilegierung des Mannes gegenüber der Frau. Die *Scharia* gehe von einer grundsätzlichen Gleichheit (*musawa*) von Mann und Frau aus, beide ergänzten sich organisch. Deshalb müsse die politische Partizipation der Frau

gestärkt werden. Über eine Politik des „Empowerment“ (*tamkin*) müssten Frauen befähigt werden, sich überall in den Entwicklungsprozess einzubringen, hieß es schon im Programm zu den Wahlen des Konsultativrates 2007.

Frauen spielten in Ägypten eine wichtige Rolle im Arbeitsleben, heißt es in dem Entwurf des Parteiprogramms. Ziel einer islamischen Frauenpolitik müsse es deswegen sein, Frauen dabei zu unterstützen, ein Gleichgewicht zwischen ihrer Rolle im Arbeitsprozess und ihren häuslichen Pflichten zu finden. Der Entwurf spricht von einer notwendigen Aktivierung der Rolle der Frau in der Familie und im öffentlichen Leben. Dies soll durch bessere Bildungschancen für Mädchen, bessere Arbeitsschutzgesetze und die Ausweitung der Sozialversicherung für arbeitende Frauen erreicht werden. Frauen müsse es möglich sein, Familienangehörige und vor allem ihre Kinder mitzuversichern. Das gelte besonders für Bäuerinnen, die bislang von arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen ausgeschlossen sind. Gerade auf dem Lande gebe es viele Frauen, die, ohne jeden gesetzlichen Schutz, allein für ihre Familie aufkommen müssten. Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz müsse ein Ende haben. Gefordert wird ein Gesetz, das Unternehmern verbietet, verheiratete Frauen bei der Einstellung abzulehnen – eine weit verbreitete Praxis, mit der Unternehmer mögliche Lohnfortzahlungen im Mutterschutz umgehen wollen.

Die Muslimbrüder sprechen sich explizit gegen Gewalt gegen Frauen und so genannte *Ehroverbrechen* aus, deren Ursache in rückschrittlichen Traditionen vor allem auf dem Lande liege. Die Gesellschaft müsse sich von negativen ererbten Ideen und Bräuchen verabschieden. Gleichzeitig wird aber vor der blinden Übernahme westlicher Emanzipationsmuster gewarnt. Aufrufe an Frauen, unter dem Vorwand der Frauenbefreiung ihre familiäre Rolle aufzugeben, zerstörten nicht nur die islamische Familie, sondern hätten auch extreme Abwehrreaktionen der Gesellschaft zur Folge. Sie seien deshalb kontraproduktiv. Nur ein moderater Mittelweg werde der Frau den Weg zu einer größeren gesellschaftlichen und politischen Partizipation im Einklang mit ihrer familiären Rolle öffnen.

3.3. *Das islamische Wirtschaftssystem*

Die regierungsnahen ägyptischen Presse hatte nach den Wahlen von 2005 unter Hinweis auf das islamische Zinsverbot davor gewarnt, dass sich der

zunehmende Einfluss der Muslimbrüder negativ auf das Investitionsklima und die Börse auswirken könnte – eine Befürchtung, die von ägyptischen Börsenfachleuten zurückgewiesen wurde. Die von der Muslimbruderschaft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Effektivierung der Verwaltung könnten im Gegenteil dazu beitragen, das Investitionsklima zu verbessern [Al-misri al-yaum, 18.12.2005].

Der Abschnitt zur Wirtschaft ist einer der ausführlichsten Teile des Programmtextes. Eine wertegeleitete islamische Wirtschaftspolitik müsse ein Gleichgewicht zwischen Individuum und Gesellschaft herstellen und Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nationalproduktes gewährleisten. Grundlage des Wirtschaftens und damit Hauptproduktionsfaktor sei die menschliche Arbeit, die ähnlich wie in der protestantischen Wirtschaftsethik zur religiösen Pflicht erklärt wird. Einige Wirtschaftspraktiken werden genannt, die der Islam explizit verbiete: Ungerechtigkeit und Ausbeutung, Nötigung, Wucher und Täuschung, Bestechung und Vetternwirtschaft, Monopolbildung, Hortung von Waren, Betrug, Schwindel und falsche Angaben.

Der Programmtext fordert in seiner überarbeiteten Fassung kein generelles Zinsverbot. Es wird sogar anerkannt, dass Zinsen unter gegebenen Wirtschaftsbedingungen ein wichtiges Steuerungsmittel der Zentralbanken seien, um die Geldwertstabilität zu erhalten. Um die Abhängigkeit von Zinsen zu verringern, sollten jedoch alternative Investitionsmöglichkeiten gefördert werden, die auf der Teilung von Gewinnchancen und Verlustrisiko beruhen.

Die Muslimbrüder favorisieren eine Mischwirtschaft, in der zwar der Privatsektor die führende Rolle im Entwicklungsprozess spielt, jedoch vom staatlichen Sektor unterstützt wird. Der Marktmechanismus müsse durch staatliche Wirtschaftsplanung und Investitionslenkung ergänzt werden, da nur so wirtschaftliche Ungleichgewichte beseitigt werden könnten. Der Schwerpunkt solle auf arbeitsintensiven Produktionszweigen liegen, die Massenbedarfsgüter erzeugen, und auf der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe.

Die Muslimbrüder unterstützen zwar prinzipiell eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung, kritisieren jedoch die Freihandelsabkommen mit den USA und der EU. Diese hätten das Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefizit erhöht, da Ägypten mit der europäischen und US-amerikanischen Wirtschaft nicht konkurrieren könne. Zukünftigen

Handelsverträgen müssten Analysen über mögliche Auswirkungen auf die heimische Industrie vorzugehen. Die Assoziierungsabkommen zwischen arabischen Ländern und der EU öffneten zwar Entwicklungschancen, seien aber dennoch problematisch, da sie mit einzelnen Staaten, nicht jedoch mit den arabischen Ländern als Block geschlossen worden seien. Dadurch werde eine individuelle länderbezogene Anbindung an die Weltökonomie gefördert und die Bildung einer arabischen Wirtschaftsunion werde erschwert.

3.4. Außenpolitische Positionen

Im außenpolitischen Teil steht nicht die islamische *Umma* im Vordergrund; Ausgangspunkt sind vielmehr die nationalen Sicherheitsinteressen Ägyptens, welche die Muslimbrüder durch das israelische Nuklearpotenzial und die Besetzung palästinensischen Bodens gefährdet sehen. Andere außenpolitische Herausforderungen seien die langfristige Sicherung der Energieversorgung und die Aufstockung der knappen Wasserressourcen. Dies sei nur über regionale Stabilität zu erreichen. Ägypten bewege sich in drei zivilisatorischen Zirkeln: dem arabischen, dem islamischen und dem afrikanischen – ein Konzept, das Gamal Abdel Nasser bereits 1953 in seiner *Philosophie der Revolution* entwickelt hatte. Priorität ägyptischer Außenpolitik müsse aus diesem Grund die Weiterentwicklung der Arabischen Liga, der Islamischen Konferenz und der Organisation Afrikanischer Einheit sein.

Die UN-Menschenrechtscharta, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte werden explizit als Grundlage einer internationalen Rechtsordnung anerkannt. Die Positionen zum Westen bleiben im Programmentwurf jedoch vage. Beziehungen zwischen Völkern zum Wissens- und Erfahrungsaustausch, die auf gegenseitigem Respekt beruhen, würden der Entwicklung aller nützen. Gleichzeitig weist das Programm westliche Einmischungsversuche unter dem Vorwand von Demokratieförderung, Frauenbefreiung oder dem Schutz von Minderheitenrechten zurück. Um ein Gegengewicht zu Abhängigkeiten vom Westen zu schaffen, solle Ägypten die Beziehungen zu den aufsteigenden Großmächten wie China und Indien ausbauen.

Genauso vage bleiben die Positionen zur Nahostfrage. Das Programm betont das Recht der Pa-

lästinenser auf Rückkehr und auf einen Staat in den Grenzen des historischen Palästina, gleichzeitig wird die völkerrechtliche Gültigkeit von Camp David und damit implizit die Existenz Israels anerkannt, wenn auch eine Neuverhandlung des Friedensvertrages mit Israel vorbehalten ist.

Tatsächlich ist das Interesse der Muslimbrüder an einem Dialog mit dem Westen, vor allem mit der EU – trotz der Kritik an der als einseitig empfundenen Unterstützung Israels, an der engen Kooperation mit autoritären arabischen Regimen auf Kosten der Demokratiebewegungen und an der militärischen Intervention im Irak und in Afghanistan – größer, als es in dem Programmentwurf erscheint. Es ist vor allem die Parlamentsfraktion der Muslimbrüder, die in den letzten Jahren ihre Fühler in Richtung EU ausgestreckt hat.

In einem *Dialog-Memorandum* beklagt der Fraktionsvorsitzende Saad Katatny auch selbstkritisch, dass es auf beiden Seiten Fehlwahrnehmungen des jeweils Anderen gäbe. Einerseits setze der Westen alle – also auch moderate – Islamisten mit radikalislamistischen Gruppen gleich, andererseits müssten auch die Muslimbrüder eigene Stereotype über den Westen hinterfragen. In vielen Ländern des Nahen Ostens gewannen moderate Islamisten an Einfluss. Sie sollten deshalb westlichen Politikern verbindlich erklären, wie sie sich die zukünftige Ausgestaltung des beiderseitigen Verhältnisses vorstellten. „Es gibt weder für den Westen noch für die Islamisten eine Alternative zu einem konstruktiven Dialog, der gemeinsame Grundpositionen auf der Basis des gegenseitigen Verständnisses und der Wertschätzung für Diversität auslotet [...]. Eine solche Diversität wird es immer geben, sie ist Teil menschlicher Existenz.“¹

Die Muslimbrüder zeigen sich durchaus bereit, konstruktiv mit europäischen Initiativen zu interagieren. Nachdem das Europäische Parlament in einer Resolution vom 17. Januar 2008 Menschenrechtsverletzungen in Ägypten angeprangert hatte, brachte die regierende NDP eine Resolution ins Parlament ein, in der den Europäern Einmischung in die inneren Verhältnisse Ägyptens vorgeworfen wurde. Die Muslimbrüder schlossen sich dieser Schelte jedoch nicht an. Das Assoziierungsabkommen zwischen Ägypten und der EU berechtige beide Partner, zur Menschenrechtssituation der jeweils anderen Seite Stellung zu beziehen, erklärte Katatni. Und Fraktionssprecher Husain Ibrahim

1 M. Katatny: Dialogue between islamists and the West a necessity, www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=934&SectionID=78.

fügte hinzu, dass Menschenrechte heutzutage ein globales Anliegen seien. Statt sich über die europäische Schelte zu beklagen, solle die NDP lieber dafür sorgen, die Lage der Menschenrechte im eigenen Lande zu verbessern.

4. Maßnahmen des Regimes, um die Muslimbrüder zu marginalisieren

Im März 2007 hat das ägyptische Regime für eine umfassende Verfassungsänderung die Weichen gestellt, um die Muslimbrüder aus dem formalen System auszuschließen und um sicher zu sein, dass sie ihre Wahlerfolge von 2005 nicht wiederholen oder gar ausweiten können.

Aufgrund des neuen Verfassungsparagraphen 5 ist jede politische Aktivität auf religiöser Grundlage verboten, wodurch schon die Verfassung der möglichen Gründung einer Partei durch die Muslimbrüder einen Riegel vorschieben soll – ohne das Risiko, dass Gerichte Entscheidungen des Parteienkomitees möglicherweise aufheben. Dabei wird jedoch ignoriert, dass sich viele Kleinstparteien, wie die Ägyptisch-Arabisch Sozialistische Partei, die Grüne Partei, die Freie Republikanische Partei oder die *Umma*-Partei, den Islam oder die *Scharia* auf die Fahnen geschrieben haben. Selbst die liberale *Wafd*-Partei nimmt Bezug auf „islamische Werte“ und die regierende NDP stützt sich in ihrem Parteiprogramm auf die *Scharia* als Hauptquelle der Gesetzgebung.

Die Voraussetzungen für eine Kandidatur zum Präsidentenamt wurden so eingeschränkt, dass eigentlich nur ein NDP-Kandidat – also Gamal Mubarak – in Frage kommt (Artikel 76). Kandidieren dürfen nur Führungsmitglieder von Parteien, die seit fünf Jahren oder länger zugelassen sind und mindestens 3 % der Abgeordneten in beiden Kammern des Parlaments stellen. Damit ist auch die Kandidatur einer von allen Oppositionskräften unterstützten unabhängigen Persönlichkeit, die immer wieder ins Gespräch gebracht wurde, ausgeschlossen. Durch den neuen Artikel 88 wird die unabhängige Wahlbeaufsichtigung durch die Richter, die immer wieder massive Wahlfälschung moniert hatten, aufgehoben. Sie geht auf eine Wahlkommission über, die vom Regime besser kontrolliert werden kann. Schließlich soll das Prinzip der Direktwahlen, die Muslimbrüdern als unabhängigen Kandidaten den Sprung ins Parlament ermöglichte, durch ein Listenwahlrecht ersetzt werden (Artikel 62).

Aber auch auf nachgeordneten politischen Ebenen ist das Regime bestrebt, durch systematische, staatliche Eingriffe in Studentenrats-, Gewerkschafts- oder Gemeinderatswahlen die Muslimbrüder immer mehr aus Repräsentationsorganen zu verdrängen. Verhaftungswellen gegen Aktivisten sind an der Tagesordnung. Aufgrund der massiven Intervention der Sicherheitsapparate bei den Wahlen zum Konsultativrat 2007 gelang es keinem Muslimbruder mehr, ein Mandat zu erringen.

Im April 2008 wurden 25 führende Muslimbrüder von einem Militärgericht zu bis zu zehnjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, obwohl Zivilgerichte ursprünglich ihre Freilassung angeordnet hatten. Unter ihnen war auch der Unternehmer Khairat Schatir, einer der Stellvertreter Mahdi Akifs, der als Reformler und einer der Initiatoren der Programmdebatte gilt. Das gesamte Betriebsvermögen der Angeklagten – einige von ihnen sind erfolgreiche Geschäftsleute – von 500 Mio. Ägyptischen Pfund wurde beschlagnahmt.² Damit versucht das Regime, die wirtschaftliche Basis der Bewegung zu zerstören.

5. Schlussbetrachtungen: Die Sackgasse der Muslimbrüder ist eine Sackgasse des Systems

Die Muslimbrüder wissen, dass eine Legalisierung unter den gegebenen Bedingungen ausgeschlossen ist. Mit der Programmdebatte wollen sie vielmehr vor der ägyptischen Öffentlichkeit ihre Bereitschaft bekräftigen, sich zu demokratischen Spielregeln in die Gesellschaft zu integrieren. Sie versuchten nicht, ein undemokratisch regierendes Regime um Legitimität zu ersuchen, sondern bezögen diese Legitimität aus der Gesellschaft, schrieb der Leiter der politischen Abteilung, Issam al-`Arian, in einem Grundsatzartikel über *Die Herausforderungen der Zukunft* in der kuwaitischen Zeitschrift *Al-mujtama`a* [Al-mujtama`a, 25.12.2005].

Trotz des Widerspruchs, den manche Programmpunkte provoziert haben, bleibt festzuhalten, dass bislang keine andere Partei in Ägypten über interne programmatische Standpunkte so offen über Blogs, Websites, Satellitensender und Oppositionszeitschriften diskutiert hat wie die Muslimbruderschaft. Viele führende Muslimbrüder hat-

² Nach Angaben der Muslimbrüder soll die Summe sehr viel höher gewesen sein. Börsenexperten geben außerdem an, dass parallel zu der Verhaftungswelle 3,6 Mrd. £E – etwa 500 Mio. Euro – zum Schaden der ägyptischen Wirtschaft außer Landes geschmuggelt worden seien [Ahram Weekly, 01.-07.02.2007].

ten die Absicht, diese öffentliche Debatte in Form von Fachseminaren zu einzelnen Programmpunkten mit Experten und Betroffenen auch außerhalb der eigenen Reihen zu vertiefen – unter den gegenwärtigen Repressionsbedingungen ist daran aber nicht mehr zu denken.

Der zunehmende äußere Druck hat auch innerhalb der Organisation konservativen Strömungen Auftrieb gegeben, die meinen, dass sich die Organisation wieder stärker auf die *Da`wa* – die Aufforderung, zu islamischen Werten und Ritualen zurückzukehren – konzentrieren sollte. Dies wiederum kommt dem Regime nicht ungelegen, kann es doch die politische Ausgrenzung der Muslimbrüder westlichen Bündnispartnern gegenüber mit genau solchen Fundamentalpositionen rechtfertigen.

Gleichzeitig toleriert das Regime unpolitische, aber extrem konservative so genannte *Salafi*-Gruppen, die eine textgetreue Auslegung religiöser Quellen propagieren. Es hat den Mitgliedern der radikalen *Gamaat al-islamiya*, die in den 1990er Jahren immer wieder Terroranschläge auf Touristen und Christen verübt hatten, die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglicht, nachdem diese sich zum Waffenstillstand verpflichteten. Damit hofft das Regime, ein Gegengewicht gegen die Muslimbrüder zu schaffen. Auch die staatlich kontrollierten religiösen Institutionen werden gegen die Opposition – religiös und säkular – instrumentalisiert. So forderte der vom Präsidenten ernannte Scheich der islamischen *Azhar*-Universität Sayyid Tantawi während des Ramadan 2007, regierungskritische Journalisten auszupeitschen, und brandmarkte kürzlich Arbeiterstreiks als Verstöße gegen die *Scharia*. Der Versuch, dem politischen Islam mit entpolitischierenden islamischen Fundamentalpositionen zu begegnen, schafft jedoch eine gefährliche ideologische Gemengelage, die auch schon in anderen Ländern radikale Formen des Islamismus hervorgebracht hat, die jeden demokratischen Prozess als unislamisch ablehnen.

Ägypten befindet sich in einer politischen Sackgasse, die darin begründet liegt, dass die formalen politischen Institutionen kaum noch relevante Segmente der Bevölkerung repräsentieren, während die wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte immer mehr aus dem formalen System verdrängt werden. Das gilt nicht nur für die Muslimbruderschaft – wenn sie auch die größte, älteste und am besten organisierte Kraft ist – sondern auch für *Kifaya*, für die neue Jugendprotestbewegung, die über Blogs und Facebook-Gruppen zum nationalen Proteststreik am 6. April 2009 aufrief, der vor

allem an den Universitäten befolgt wurde, und für die neue Streikbewegung, die in den letzten zwei Jahren außerhalb der vom Regime kontrollierten Gewerkschaften entstanden ist und in neuen, offiziell nicht anerkannten Arbeiterkomitees organisiert ist. Das gilt auch für politische Gruppierungen unterschiedlicher Couleur, denen die Zulassung als Partei versagt wird.

Formal mag zwar einer Erbfolge durch Gamal Mubarak nichts mehr im Wege stehen. Das Legitimationsdefizit wird jedoch ohne die Integration der sozialen Bewegungen – einschließlich der Muslimbruderschaft – nicht zu lösen sein.

■ Die Autorin

Ivesa Lübben lebt als freie wissenschaftliche Autorin in Kairo und Bremen. Sie beschäftigt sich überwiegend mit politischen Reformprozessen, sozialen Bewegungen sowie islamistischen Organisationen und Parteien im Nahen Osten. Zu ihren Veröffentlichungen gehören u. a.:

Die Azhar und die Angst vor der Moderne, in: Sigrid Faath (Hg.): Politische und gesellschaftliche Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost – Inhalte, Träger, Perspektiven (2004).

The Rise of Political Islam: Implications for the European Union and Its Memberstates, in: Hanelt/Möller: Bound to Cooperate: Europe and the Middle East (2008).

Der Islam ist die Lösung“? Moderate islamistische Parteien in der MENA-Region und Fragen ihrer politischen Integration, Sankt Augustin (2006).

E-Mail: ilubben@gmx.de.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Seit 2007 beschäftigt sich das GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES) mit der Analyse von Perspektiven politischer Transformation in Nordafrika, Nah- und Mittelost, insbesondere der Analyse der für die Umsetzung von Good Governance hemmenden und stimulierenden Faktoren. Bei der Untersuchung von Reformkräften und deren Strategien nahm die ägyptische Muslimbruderschaft breiten Raum ein. Seit Mai 2009 werden die Untersuchungen im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ fortgesetzt und vertieft.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2005): Von der Dynastisierung zur Demokratisierung von Herrschaft im Vorderen Orient?, in: Fährdrich, Hartmut (Hg.): Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der arabischen Welt, Frankfurt am Main, S. 157-177.

Fürtig, Henner (2008): Ägypten zwischen Reformdruck und Beharrungsvermögen, in: Heinemann-Grüder, A./Hippler, J./Weingart, M./Mutz, R./Schoch, B. (Hg.): Friedensgutachten 2008, Münster, S. 281-292.

Fürtig, Henner (2007): Transformation to Persist: Political Reform in Egypt since 9/11, in: Fürtig, Henner (Hg.): The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence, Newcastle, S. 26-56.

Fürtig, Henner (2007): Verfassungsreferendum in Ägypten: Meilenstein oder Mogelpackung?, GIGA Focus Nahost, Nr. 3, Hamburg: GIGA.

Fürtig, Henner (2005): Ägypten, in: Jacobs, A./Mattes, H. (Hg.): Un-politische Partnerschaft. Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika/Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess, St. Augustin, S. 89-111.

Harders, Cilja (2008): Autoritarismus von unten. Lokale Politik in Ägypten, GIGA Focus Nahost, Nr. 12, Hamburg: GIGA.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Martin Beck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM